

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

30.5.1890 (No. 145)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. Mai.

N^o 145.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1890.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 23. Mai 1890 gnädigt geruht, den Privatdozenten für Nationalökonomie Dr. Heinrich Hertner an der Universität Freiburg zum etatmäßigen außerordentlichen Professor daselbst zu ernennen und dem Privatdozenten für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg Dr. Georg Adler den Charakter als außerordentlicher Professor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 23. Mai 1890 gnädigt geruht, den Notar Ludwig Mühl in Bühl auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewogen gefunden, dem Vorstand des Haupttelegraphenamts in Berlin, Telegraphendirektor Pröll, das Ritterkreuz 1. Klasse Höchstehres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 29. Mai.

Der italienische Ministerpräsident hat am Dienstag Abend seine Getreuen im Parlament um sich versammelt, um das Einvernehmen zwischen der Regierung und der Kammermehrheit zu konstatieren und von neuem zu befestigen. Es wohnten der Versammlung in der Consolata 228 regierungsfreundliche Abgeordnete bei. Crispi beklagte die von den Radikalen in letzter Zeit hervorgebrachten stürmischen Erörterungen, welche die Arbeiten der Kammer nur erschweren. Er forderte die Anwesenden auf, der Kammeropposition gegenüber einmütig und entschlossen zu sein und im Lande die Wählerkreise der extremen Parteien durch Aufklärung der Wählerschaft entgegenzutreten. Crispi hatte sicherlich ausreichenden Grund, sich in der Versammlung über das Auftreten der Radikalen zu beschweren, die im Parlament einen ersprießlichen Fortgang der Geschäfte hemmen und mit der Herausforderung stürmischer Szenen das Ansehen des Parlamentarismus gefährden. In der italienischen Presse ist schon öfters Klage geführt worden über die durch die Schuld der Radikalen im Parlament eingeführte persönliche und verbitternde Kampfweise und es ist auch der Gedanke einer Verschärfung der Geschäftsordnung dabei besprochen worden. Dieser Gedanke lag angeht des Gebahrens eines Jambriani und seiner Gesinnungsgenossen um so näher, als die Geschäftsordnung der italienischen Kammer dem Präsidenten nur geringe Machtbefugnisse gibt; die Zensur, oder gar die zeitweise Ausweisung eines Abgeordneten aus der Kammer, wie sie in anderen Parlamenten besteht, kommt in der italienischen Kammer nicht vor und die höchste Ahndung der Ausschreitungen eines Deputierten ist der Ordnungsruf, der für den zur Ordnung gerufenen Abgeordneten ohne jede Folge bleibt. Es ist indessen darauf hingewiesen worden, daß die Kammer ihrem Ende entgegengehe und daß man es der neu zu wählenden Kammer überlassen solle, die Geschäftsordnung ihren Bedürfnissen entsprechend einzurichten. Uebrigens bleibt abzuwarten, ob die leidenschaftliche und zu persönlichen Angriffen geneigte Kampffart der Radikalen und Irredentisten bei den nächsten Wahlen die von ihren Urhebern erwarteten Früchte tragen wird. Die Versuche der radikalen Opposition, Crispi als einen Politiker darzustellen, der seine Vergangenheit verläugnet und aus einem Vorkämpfer freiheitlicher Staatseinrichtungen sich zu einem Reaktionsär umgewandelt habe, dürften kaum bei einem großen Theile der Wählerschaft Eindruck machen. Crispi hat die Grundzüge seines politischen Programms bei der Versammlung in der Consolata klar und nachdrücklich gekennzeichnet, indem er sagte, die freiheitlichen Staatseinrichtungen, welche Italien groß und unabhängig gemacht haben, würden nie angetastet werden, die Grundlage derselben sei aber die auf einem Plebiszit beruhende Monarchie, welche die Größe und die Einigkeit des Vaterlandes ausmache.

Vor einigen Tagen (am 26. Mai) war ein Jahr verfloßen, seit sich in Belgard gelegentlich des fortschrittlichen Parteitages jene Tumulte zutragen, welche die serbische Fortschrittspartei zwangen, vorläufig vom politischen Schauplatz zu verschwinden. Die Parteiorganisation wurde aufgelöst und für den Parteiführer Garaschani hatten jene Tumulte noch eine Anklage wegen Mordes zur Folge, da man ihn beschuldigte, einen Studenten angegriffen und erschossen zu haben. Nach Verlauf eines Jahres rührt sich die Fortschrittspartei in Serbien wieder, wozu der Umstand beiträgt, daß am 14. September die Wahlen für die Stupschina stattfinden sollen. Die

Stupschina wird an diesem Tage für die Dauer von drei Jahren gewählt werden und wenn die Fortschrittspartei einen Einfluß auf das politische Leben Serbiens gewinnen will, muß sie vor den Wahlen auf den Plan treten. Die fortschrittlichen Blätter hatten denn auch für den Jahrestag der Ruhe von 1889 öffentliche Kundgebungen angekündigt, die gewissermaßen die neue Aktion der Partei einleiten sollten. Briefliche Berichte aus Belgard konstatieren nun, daß die angekündigten Demonstrationen unterblieben sind und die Fortschrittspartei sich darauf beschränkt hat, in ihrer — auch sonst wieder ziemlich rührigen Presse — Erinnerungsartikel im Hinblick auf die Wiederkehr des 26. Mai zu veröffentlichen. Daraus darf indessen nicht geschlossen werden, daß die Partei auf die vorbereitete Aktion verzichtet hätte. Das Unterbleiben der angesagten Kundgebungen hängt wohl damit zusammen, daß die Fortschrittspartei beschlossen hat, keine Schritte vor der vollen Erledigung der Angelegenheit Garaschani zu thun. Gegen den Beschluß des Belgrader Gerichtshofes, die Anklage gegen Garaschani einzustellen, haben, wie schon neulich von uns berichtet, der Staatsanwalt und die Anverwandten des getödteten Studenten Einspruch erhoben und die Fortschrittspartei glaubt mit größerer Aussicht auf Erfolg aufzutreten zu können, wenn sie erst wieder auf dem politischen Kampfbühnen erscheint, sobald die Einstellung des Verfahrens gegen Garaschani von dem höheren Gerichte bestätigt worden ist. Daß es der serbischen Fortschrittspartei Ernst mit dem Entschlusse ist, wieder nach einer politischen Stellung zu ringen, geht namentlich aus ihrer Zeitung „Domovina“ hervor, die eifrig für eine aktive Politik der Partei ist. Die Fortschrittspartei ist allerdings nicht einzig in Bezug auf den geeigneten Zeitpunkt für das Herausstreten aus der bisherigen Reserve, aber es mehren sich die Stimmen, die dafür eintreten, daß man nicht länger in der Zurückhaltung beharren solle. Die Ungebuld dieser Politiker wird durch den Umstand vermehrt, daß zwischen den beiden großen Parteien des Landes, Liberalen und Radikalen, eine zunehmende Verstimmung besteht, aus der man auf fortschrittlicher Seite glaubt Nutzen ziehen zu können. Die Luft zwischen den Radikalen und Liberalen hat sich in der letzten Zeit zusehends erweitert, das radikale Ministerium Grulich sieht täglich scharfen Angriffen seitens der liberalen Presse ausgesetzt und besonders seit der Vervollständigung des Kabinetts, welche durch die Ernennung mehrerer früherer Minister zu Mitgliedern des Staatsraths notwendig geworden war, ist der Ton der liberalen Presse gegen das Ministerium ein sehr unfreundlicher geworden. Namentlich wird dem neuen Minister Gyaga von den Liberalen hart zugesetzt. Wenn die Radikalen auch unzweifelhaft bei den Wahlen im September ihre Herrschaft in der Stupschina behaupten werden, so ist es doch wahrscheinlich, daß sie künftig nicht mehr über eine so erdrückende Mehrheit verfügen werden, wie in der abgelassenen Stupschina, und die Fortschrittspartei würde deshalb in der Stupschina immerhin einen gewissen Einfluß ausüben können. Solche Erwägungen bestimmen diejenigen fortschrittlichen Politiker, die einer baldigen Aktion das Wort reden, und es scheint, daß diese Richtung die Oberhand in der Fortschrittspartei gewinnen soll.

Deutschland.

* Berlin, 28. Mai. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Vormittag den Chef des Civilkabinetts zu längerem Vortrag und konferirte demnach mit dem Staatssekretär v. Marschall. Die Besserung im Zustande des verstauchten Fußes nimmt einen durchweg befriedigenden Verlauf.

Die Nachrichten über das Befinden Seiner Majestät des Kaisers lauten durchaus günstig. Die Geschwulst beginnt zu schwinden, Schmerzen empfindet der Kaiser, wie man der „Post“ mittheilt, fast keine mehr, so daß zu hoffen steht, Seine Majestät werde in den nächsten Tagen den verletzten Fuß schon wieder gebrauchen können. Vorläufig ist dem hohen Herrn von den Ärzten noch größtmögliche Schonung verordnet worden. Der Kaiser liegt nicht zu Bette. Sein Anhelager ist eine Chaiselongue im Arbeitszimmer, das an sein Schlafzimmer stößt. Hier werden die Regierungsgeschäfte erledigt, hier empfängt der Kaiser Vorträge, erledigt seine Arbeiten wie sonst, so daß der Unfall auch in dieser Beziehung keine störende Nachwirkung hat. Die erste und eifrigste Pflege wird dem Kaiser von seiner Gemahlin. In einigen Tagen werden voraussichtlich die Folgen des Unfalls gänzlich gehoben sein.

Ueber die Verletzung Seiner Majestät des Kaisers infolge seines Unfalles am ersten Pfingstfeiertage schreibt man der „Nat.-Ztg.“: Die „Distorsion des Fußes“, welche sich der Kaiser bei seinem Unfall am

Pfingstsonntag zugezogen hat, bedeutet eine Zerrung oder Zerreißen des Sehnen- und Bandapparates am Fußgelenk. Diese Verletzung kann einzelne Theile des Gelenkes oder den ganzen Gelenkapparat betreffen, auch mit Einrißen der das Gelenk umgebenden Kapsel verbunden sein. Eine regelmäßige Begleitererscheinung der Verletzungen ist eine mehr oder weniger starke Blutung, welche zu einer Schwellung der Umgebung des verletzten Gelenkes führt. Wegen der damit verbundenen Schmerzhaftigkeit ist das Gelenk möglichst zu schonen und das verletzte Bein in ruhige Lage zu bringen. Kühlende Umschläge befördern dann die Resorption, d. i. die Aufsaugung des ausgetretenen Blutes und die Entspannung des Gelenkes. Die Heilung der gezerrten oder zerrissenen Sehnenbänder erfolgt fast ausnahmslos von selbst; die Dauer des Heilungsprozesses richtet sich nach dem Grade der erlittenen Verletzung und erfordert in der Regel vier bis zehn Tage. Es geht hieraus schon hervor, daß die Verletzung des Kaisers keine ernsthafte Bedeutung hat und voraussichtlich ihren normalen Heilungsverlauf nehmen wird. Thatsächlich ist auch das Befinden des Kaisers nach heutigen Mittheilungen ein durchaus normales. Der Kaiser bedarf nur einige Tage der Ruhe und Schonung des durchaus unerheblich verletzten Fußes. Der Kaiser hat in der Erledigung seiner Arbeiten keinerlei Unterbrechung eintreten lassen.

Der Herrenmeister des Johanniterordens, Prinz Albrecht von Preußen, wird am 23. Juni im Ordensschloß zu Sonnenburg ein Kapitel des Ordens abhalten und am 24. Juni in der Ordenskirche daselbst eine Anzahl Johanniter durch Ritterschlag und Investitur als Rechtsritter aufnehmen.

Seine Hoheit der Erbprinz von Meiningen, welcher sich am Sonntag bei dem Sturze mit dem Wagen eine unerhebliche Kontusion zuzog, hat eine Dienstreise angetreten.

Vom Oberhofmarschallamt ist nach Bawesall gemeldet worden, daß die kaiserlichen Majestäten die infolge des Unfalls Sr. Majestät aufgeschobene Reise nach Bawesall Anfangs Juni auszuführen gedenken.

Der Staatsminister v. Boetticher ist heute in Kiel angekommen, um die Arbeiten für den Nordostseekanal zu besichtigen.

Graf Monts, Botschaftsrath bei der deutschen Botschaft in Wien, dessen Ernennung zum Gesandten in Oldenburg jüngst irrtümlich in den Zeitungen gemeldet war, soll im Laufe der nächsten Zeit zu einem anderen höheren Posten berufen werden.

Der französische Botschafter am hiesigen Hofe, Herr berte, hat Berlin auf einige Wochen verlassen. Während seiner Abwesenheit fungirt der erste Botschaftssekretär Dumaine als Geschäftsträger.

Der Afrikareisende Oscar Borchert, welcher durch Krankheit gezwungen war, seine Rückreise in Egypten und Italien zu unterbrechen, ist hier eingetroffen.

Zufolge Allerhöchster Kabinettsordre vom 31. März 1890 werden vom 1. Oktober d. J. verlegt: die 3. Eskadron des Ulanenregiments Graf zu Dohna (Ostpreussische) Nr. 8 von Goldap nach Lyck, und die 1. Eskadron des Litauischen Ulanenregiments Nr. 12 von Insterburg nach Goldap. Ferner ist die Kommandantur der eingegangenen Festung Straßund laut Allerhöchster Bestimmung vom 2. Mai aufzulösen.

Das preussische Abgeordnetenhaus wird am 2. Juni seine Sitzungen wieder aufnehmen, und zwar steht gleich Anfangs die Sperrgeldervorlage auf der Tagesordnung. Es ist zwischen den konservativen Fraktionen und den Nationalliberalen eine Verständigung über die Formulirung der Verwendungszwecke eingeleitet, die indessen auch nur im Falle der Zustimmung des Centrums auf Annahme im Hause zu rechnen hätte. Die „Nat.-Ztg.“ versichert, es seien jetzt gegründete Anzeichen vorhanden, daß das Centrum von seiner ablehnenden Haltung zurückgekommen ist und sich bei dem von den andern Parteien Gebotenen beruhigt. Es hätten darüber in jüngster Zeit mit Rom und den Bischöfen Verhandlungen stattgefunden, auf welche das Einlenken des Centrums zurückzuführen sein dürfte. — Die nächsten Plenarsitzungen des Herrenhauses finden am 10. Juni und an den folgenden Tagen statt.

Ueber die bereits erwähnte Angelegenheit in Genua, betreffend die Ueberreichung von Festungsplänen an den deutschen Generalkonsul Schneegans, erhält die „Nat.-Ztg.“ aus Rom zuverlässige Mittheilungen, aus denen erhellt, mit welcher Beilichkeit in diesem Falle den internationalen Verpflichtungen, sowie dem innigen Bundesverhältnisse Genüge geleistet worden ist. Dem genannten Blatt schreibt man:

Seit einiger Zeit war auf dem deutschen Generalkonsulate in Genua ein Deutscher namens Zanzer als Hilfskreiber beschäf-

figt, der seit einer langen Reihe von Jahren in Genua, zuletzt in großer Dürftigkeit, gelebt hatte, bis ihm dann eine provisorische Beschäftigung gewährt wurde. Zum größten Entsaunen unseres Generalkonsuls erschien Zanzer eines Tages mit einer Rolle von Papieren, die er als Zeichnungen von Fortifikationen bezeichnete. Zanzer hob hervor, daß er von Haus aus Ingenieur wäre, so daß Herr Schneegans glauben konnte, es handle sich um eine Liebhaberei Zanzers, der zugleich wohl sein Ansehen erhöhen wollte. Statt der erwarteten Anerkennung wurden dem Hilfschreiber die schwersten Vorwürfe zu Theil mit dem Hinweis, daß er sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben könnte. Unser Generalkonsul, der keine Ahnung davon hatte, daß Zanzer einen Mitschuldigen besitz, berichtete den Fall sofort nach Berlin, von wo aus er die Befehle erhielt, die Pläne nicht erst einzusenden, sondern zurückzubehalten, bis sie der italienischen Regierung zur Verfügung gestellt werden könnten. Thatsächlich — und dies ist für das Bundesverhältnis Deutschlands zu Italien bezeichnend — haben die Pläne in Berlin gar nicht vorgelegen. Vielmehr wurde der italienische Botschafter in Berlin und der deutsche Botschafter beim Quirinal zur weiteren Veranlassung in Kenntniß gesetzt. Nach Einsichtnahme von den Plänen gelangte die italienische Regierung zu der Ueberzeugung, daß Zanzer einen Mitschuldigen haben müßte, und die dann erst auf der von Deutschland gewährten Grundlage geführte Untersuchung ergab, daß nicht ein Subalternoffizier, sondern ein italienischer Hilfszeichner den großen Vertrauensbruch begangen habe. Zanzer hat in Folge der ihm von unserem Generalkonsul gemachten schweren Vorwürfe vorgezogen, Genua zu verlassen und anscheinend nach der Schweiz zu flüchten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Mai. Die Mehrzahl der österreichischen Blätter betont, daß zu einer pessimistischen Auffassung der Aussichten für den deutsch-czechischen Ausgleich keine Veranlassung vorhanden sei. Man hebt hervor, daß die gegenwärtige Session des böhmischen Landtags zum mindesten nicht ganz ergebnislos in Bezug auf den Ausgleich bleiben werde, wenn auch das Arbeitsprogramm des Landtags in Folge der jähren Obstruktion der Jung-czechen größtentheils unerledigt bleibt. Auf altczechischer wie auf deutscher Seite hofft man, in einer im Frühherbst stattfindenden Session werde es gelingen, den Ausgleich durchzuführen.

Italien.

Rom, 28. Mai. Gestern Abend hatte der Ministerpräsident Crispi in der Consolata die der Regierung freundlich gesinnten Abgeordneten um sich versammelt. Es waren 228 Abgeordnete erschienen. Die Versammlung bestätigte den gemeinsamen Beschluß des Ministeriums und der Regierungspartei, der radikalen Agitation und Obstruktion kräftig entgegenzutreten. — Dem Vernehmen nach hat die italienische Regierung der Familie Garibaldi die Insel Caprera für 1 Million Lire abgekauft, um daselbst Befestigungen zu errichten.

Frankreich.

Paris, 28. Mai. Präsident Carnot ist heute Abend um 9^{1/2} Uhr wieder hier eingetroffen. — Das Zuchtpolizeigericht fällt heute das Urtheil in dem Prozesse der „Société de Méteaux“ (des Kupferringes). Secretan wurde zu sechs Monaten Gefängniß und 10 000 Franken Strafe, Laveissière zu drei Monaten Gefängniß und 3000 Franken und Hentsch zu 3000 Franken, sowie alle drei auf Schadenersatz in noch zu bestimmender Höhe an die Civilparteien verurtheilt. Zu Gunsten von Hentsch Sohn, Laveissière Sohn und Arbel Lecuire wurde Niedererschlagung des Prozesses beschlossen. Joubert wurde freigesprochen, weil er in gutem Glauben gehandelt habe. Das Urtheil gewährt der öffentlichen Meinung eine Genugthuung. — In der letzten französischen Deputirtenkammer war es ein fast gewohntes Schauspiel, die Rechte und die äußerste Linke zusammengehen zu sehen, bis die Gefahr des Boulangismus die letztere nöthigte, sich eher an die anderen republikanischen Fraktionen zu halten. Man hatte geglaubt, daß sich in der neuen Kammer jenes Schauspiel nicht wiederholen werde, aber man hat sich dasselbe gleichwohl in den letzten Sitzungen derselben zweimal erneuern sehen. Der „Temps“ bemerkt dazu: „Die Zwietracht unter den Republikanern führt immer nothwendig zu dem nicht gewollten Ergebnis. Wenn sich 100 oder 150 Stimmen links von der Mehrheit trennen und der Regierung Opposition machen, so sind die republikanischen Kräfte entzwei geschnitten. In dieses Duell zwischen den Republikanern greift dann die Rechte ein und verschafft demjenigen Theil den Sieg, der ihr gefällt. Die Rechte kann so die Ministerien schaffen und weg schaffen; sie entscheidet so in Wahrheit über die republikanische Politik. Will man ihr diese Aufgabe überlassen oder ihr diese Gewalt verleihen? Vor einem halben Jahre verurtheilte man diese Politik der Spaltung, und war man deshalb auch für die Fernhaltung von Fragen, welche die republikanische Partei in zwei Lager trennen. Sollte ein halbes Jahr genügt haben, um diesen guten Willen zu zerstören und die bittersten Lehren zu vergeffen?“ Die vom „Temps“ aufgeworfene Frage ist allerdings angesichts der herannahenden Wiederannahme der Kammerberatungen aktuell.

Portugal.

Lissabon, 28. Mai. Nach Mittheilungen hiesiger Blätter ist das gesammte Gebiet von Bailundu (Mozambique) in vollem Aufstande gegen die portugiesische Herrschaft. Die Portugiesen wurden verjagt, der 80 jährige Militärgouverneur Silva Porto hat sich erschossen, nachdem seine Truppen zerstreut worden oder ihn verlassen hatten. Eine portugiesische Expedition unter dem Kapitän Conceiro wurde von den aufständischen Eingeborenen beinahe völlig aufgerieben; der Kapitän hat sich mit den Trümmern der Expedition nach Kafonda geflüchtet, wo er Verstärkungen erwartet, welche der Generalgouverneur selbst heranzuführt. Der Aufstand der Eingeborenen wird englischem Einflusse zugeschrieben, was bei der gegenwärtigen Spannung zwischen Portugal und England zwar begreiflich ist, aber

doch noch sehr des Nachweises bedürfte; der Aufstand läßt auch noch andere Erklärungen zu. Hoffentlich erweisen sich übrigens die telegraphischen Berichte der Blätter, welche die Lage in Bailundu so bedenklich erscheinen lassen, als übertrieben.

Großbritannien.

London, 28. Mai. In Cashel (Irland) kam es gestern zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Mitgliedern der Nationalliga, die trotz des ergangenen Verbotes eine Versammlung abhielten, und dem zur Durchführung des Verbotes aufgetretenen Militär. Kavallerie sprengte die Versammlung, in welcher Dillon und O'Brien geredet hatten, und mehrere Personen wurden von den Pferden und von den Waffen der Soldaten verletzt. Auch O'Brien ist am Arme verwundet worden.

Serbien.

Belgrad, 28. Mai. Von unterrichteter Seite wird versichert, daß die Ernennung eines diplomatischen Agenten in Sofia beschlossene Thatsache sei; bisher sei jedoch für diesen Posten keine bestimmte Persönlichkeit in Aussicht genommen. Es scheint also, daß mit den herzlichen Worten, die bei dem Amtsantritt des neuen bulgarischen Vertreters in Belgrad zwischen diesem und dem Regenten Ristitsch gewechselt wurden, wirklich ein Umschwung zum Bessern in den bulgarisch-serbischen Beziehungen eingeleitet worden sei.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 29. Mai. 19. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Geheimrath Serger.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Ellstätter, Generaldirektor Geheimrath Eisenlohr und Ministerialrath Seubert, später Geh. Referendar Zittel.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt das Sekretariat bekannt, daß Petitionen von Einwohnern von Singheim, Erzingen und Reckberg betr. den Gesetzentwurf die Abänderung der Gemeindeordnung eingekommen sind.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und es erstattet Geheimrath Dr. Grashof namens der Budgetkommission Bericht über die summarische Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues und die darauf verwendeten Mittel in den Jahren 1888 und 1889, welche nach dem Antrag der Kommission ohne Diskussion für unbeanstandet erklärt wird, und über das Budget der Eisenbahnverwaltung für 1890/91. Nach der Einleitung durch den Berichterstatter ergreift hierzu Graf v. Helldorf das Wort, welchem Generaldirektor Geheimrath Eisenlohr erwidert; damit wird die Generaldiskussion geschlossen.

Die Einzelberatung wird jeweils von dem Berichterstatter eingeleitet.

Zu Tit. III (Stationen) sprechen Kommerzienrath Diffene, Gutsbesitzer Frhr. Ferdinand v. Bodman; zu Tit. IV. (Transportmaterial) Landgerichtspräsident Dr. v. Rotteck, Geheimrath Dr. v. Holst, Gutsbesitzer Frhr. Ferdinand v. Bodman und Kommerzienrath Diffene, von Seiten der Großh. Regierung jeweils Generaldirektor Geheimrath Eisenlohr.

Nach Schluß der Diskussion, über welche wir uns ausführlicher Bericht vorbehalten, wird nach dem Antrag der Kommission das Budget der Eisenbahnverwaltung für 1890/91 in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer genehmigt und die Petition der Vereinigung für Förderung der Interessen des nördlichen Stadttheils von Freiburg als hierdurch erledigt erklärt. Hierauf theilt der Präsident mit, daß von dem Präsidium der Zweiten Kammer eine Mittheilung eingelaufen sei über die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, die Erbauung einer Lokalbahn von Ettenheimmünster an den Rhein betr., welche Mittheilung an die Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen wird. Ferner ist eingekommen eine Einladung des technischen Referenten für Veterinärwesen im Ministerium des Innern, Großh. Oberregierungsrath Dr. Lydtin, zu einer heute Nachmittag stattfindenden Vorführung der für die Straßburger Ausstellung bestimmten badischen Zuchthengste, sowie ein Schreiben des Prälaten D. Doll, welcher seine Abwesenheit in der heutigen Sitzung mit unabwieslichen Dienstgeschäften entschuldigt und gleichzeitig vom Anfang Juni ab um Gewährung von Urlaub bittet, welchem Gesuch stattgegeben wird.

Sodann erstattet Kommerzienrath Sander namens der Budgetkommission Bericht über das Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung (Abth. I, eigentlicher Betrieb) und über den Antheil Badens am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn für 1890/91. An der Generaldiskussion hierüber, über welche ausführlicher Bericht folgen wird, betheiligen sich Frhr. v. Hornstein, Frhr. v. Rüdiger, Geheimrath Dr. v. Holst, Kommerzienrath Diffene sowie Frhr. v. Göler und von Seiten der Großh. Regierung Generaldirektor Geheimrath Eisenlohr.

Bei der Einzelberatung des Budgets weist der Berichterstatter zu Tit. I darauf hin, daß die Hohe Zweite Kammer zu diesem Titel beschlossen habe, zu Protokoll zu erklären, es möge die Großh. Regierung erwägen, ob nicht bei den ungeprüften Bediensteten der Abtheilung G und H des Gehaltstaris, sofern dieselben am 1. Januar 1890 eine längere Reihe von Jahren (mindestens 10 Jahre) zur Zufriedenheit ihrer vorgesetzten Behörde in ihrer dermaligen Stellung sich befunden haben, die thatsächliche Verschönerung der Stelle der abgelegten Prüfung gleichachtet werden könne. Nach einer kurzen Begründung dieses Beschlusses, der der Initiative des Großh. Finanzministers zu verdanken sei, und der es der Regierung ermögliche, den § 25 der Gehaltsordnung in der für die Beamten günstigsten Weise auszulegen,

wird nach dem Antrag der Kommission beschlossen, die gleiche Erklärung wie die Hohe Zweite Kammer zu Protokoll abzugeben.

Sodann wird ohne weitere Diskussion das Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung (Abth. I) und der Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckarbahn für die Jahre 1890/91 entsprechend den Beschlüssen der Zweiten Kammer genehmigt und in die Beratung des Berichts der Budgetkommission über Abth. II und III des Budgets der Eisenbahnbetriebsverwaltung (Verkäuflicher Betrieb und Magazinsverwaltung) und über das Budget der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung eingetreten.

Der Berichterstatter Geheimrath Dr. Grashof weist darauf hin, daß insbesondere bei der Prüfung des Budgets über den Verkaufsbetrieb und die Magazinsverwaltung die Stände sich auf ihr Vertrauen gegen die Regierung stützen müßten, da hier in besonderem Maße technische Erwägungen bei Aufstellung des Budgets maßgebend seien und da das große Publikum mit den betreffenden Anstalten fast gar nicht in Berührung komme.

Die Mehrforderungen im Budget der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung seien unerhebliche und in den Erläuterungen ausreichend begründet. Die Kommission beantragt Genehmigung der genannten Budgets und es wird diesem Antrag ohne Diskussion stattgegeben.

Im Anschluß hieran berichtet Kommerzienrath Sander namens der Budgetkommission über den umlaufenden Betriebsfond der Eisenbahnbetriebs-, Verkäuflicher, Magazins- und Bodenseedampfschiffahrts-Verwaltung und beantragt, denselben in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer zu genehmigen, welcher Antrag ohne Diskussion zur Annahme gelangt.

Sodann erstattet Freiherr v. Göler Bericht über eine Anzahl Beschlüsse der Zweiten Kammer vom 23. Mai d. J. zum Vollzug des Budgets, nämlich:

1. Die Kammer beschließt, unter Tit. IV des Finanzministeriums (Domänenverwaltung) zu § 15 b. „Sonstige persönliche Ausgaben“, den Erläuterungen beizufügen: Nebengehalt für 2 Beamte der Zollverwaltung (1 Zollverwalter, 1 Grenzauflieger) für Besorgung der Geschäfte bei Erhebung des Salmenzehntens in Kleinaulenburg, jährlich 25 M., bezw. 10 M., zusammen 35 M.
2. Die Kammer erklärt: Freiverbende Dienstwohnungen, namentlich der V. und VI. Dienstklasse können auch an Beamte anderer Kategorien vergeben werden, sofern es sich um Beamte der gleichen Orts- und Dienstklasse handelt und die Zahl der für die Beamten der betreffenden Dienst- und Ortsklassen genehmigten Dienstwohnungen nicht überschritten wird.
3. Die Kammer beschließt: Für Auscheidung abgängiger Akten erhalten die damit betrauten Beamten eine besondere Vergütung bis zum Betrage von höchstens 80 Pro. des Reinerlöses — unter der Position „Sachlicher Aufwand“.
4. Zu Tit. III der Budgetabtheilung IV (Hochbauwesen) erklärt die Kammer ihre Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Großh. Finanzministeriums in seinen Schreiben vom 5. Februar und 16. April l. J. an den Vorstand der Budgetkommission dahin,
 1. zu § 1. „Gehalte“, daß die Zahl derjenigen etatmäßigen Baubeamten, welche zur unmittelbaren Beaufsichtigung der in den außerordentlichen Etats genehmigten Bauausführungen verwendet werden, und deren Bezüge daher auf die in diesem Etat bewilligten Mittel zu verrechnen sind, veränderlich sei, — sowie
 2. zu § 3b. „Sonstige persönliche Ausgaben“, daß die Bezüge der nicht etatmäßigen Baubeamten, für welche die Mittel im ordentlichen Etat vorgesehen sind, im Falle ihrer Verwendung bei Bauausführungen zu Lasten des außerordentlichen Etats auf letzteren verednet werden.
5. Die Kammer beschließt: Für Abstemmlung der eingelösten Schuldpapiere, mit 20 Pf. für 1000 Stück, wird zu der Pos. § 3 des Budgets der Amortisationskasse hinter dem Antheil der Eisenbahnschuldentilgungskasse von 3260 M. nach dem Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1887/89 jährlich die Summe von 161 M. bewilligt.
6. Es wird zu Protokoll erklärt: Soweit in dem Budgetvoranschlag Zahlen als „künftig wegfallend“ bezeichnet sind und nicht ausdrücklich durch Beschlüsse Anderes bestimmt ist, gelten dieselben als bewilligt.

Der Antrag der Budgetkommission geht dahin, das Hohe Haus möge sich mit den Beschlüssen des andern Hohen Hauses und ebenso mit dem Inhalt der zu Protokoll gegebenen Erklärung einverstanden erklären und darüber in abgekürzter Form berathen. Diese Kommissionsanträge werden ohne Diskussion angenommen. Es gelangt sodann zur Beratung der Bericht über das Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1890/91, welchen Frhr. v. Göler verliest.

Es wird beantragt, dieses Budget zu genehmigen und hierüber in abgekürzter Form zu berathen, und gegen diese Anträge wird Widerspruch nicht erhoben.

Frhr. v. Göler verliest sodann den Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Staatshaushalts für die Jahre 1890/91 und beantragt, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen und hierüber ebenfalls in abgekürzter Form zu berathen. Gegen die vorgeschlagene Form der Beratung wird eine Einwendung nicht erhoben und es wird der Gesetzentwurf in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der Präsident theilt hierauf mit, daß die Beratung des Berichts der Kommission für Eisenbahnen und Straßen

über die Bitte des Gemeinderaths von Wertheim und Freudenberg betr. die Weiterführung der Kettenfährt...

Frhr. Franz v. Bodman verliest sodann den Bericht der Kommission für Eisenbahnen und Straßen...

Die Kommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen, weil ein öffentliches Interesse hier nicht vorliegt...

Der Kommissionsantrag wird ohne Diskussion angenommen.

Ueber den nächsten Gegenstand der Tagesordnung, die Bitte der Gemeinderäte von Hügelsheim, Zinken und Junzingen...

Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen...

Der Präsident macht Mittheilung von einem Urtheil des Abg. Gsell.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein, nämlich in die Verhandlung der Berichte der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über:

a. Die Bitte vieler Gemeinden aus den Amtsbezirken Bonndorf, Neustadt und Waldshut...

Der Berichterstatter, Abg. Vogelbach beantragt namens der Kommission, die Petition der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen.

An der Diskussion beteiligten sich Geh. Referendar Zittel sowie die Abgg. Krieche und Kraft.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

b. Die Bitte der Gemeinde Gremmlach, Amt Trieburg, die Errichtung einer Haltestelle daselbst betr.

Der Berichterstatter, Abg. Schmitt, beantragt Uebergang zur Tagesordnung und tritt das Haus diesem Antrag bei...

c. Die Bitte der Gemeinderäte von Dürheim u. a., die Erbauung einer Nebenbahn von Marbach nach Dürheim betr.

Der Berichterstatter, Abg. Kögler, beantragt, die Petition der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen.

Die Abgg. Grüninger und Fieser treten für die Petition ein und wird der Kommissionsantrag vom Hause angenommen.

d. Die Bitte der Bewohner von Randern und des Feuerbachtals, die Erstellung einer Eisenbahn betr.

Der Berichterstatter, Abg. Reichert, beantragt, die Petition der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen.

An der Debatte beteiligten sich Geh. Referendar Zittel sowie die Abgg. Land, Dreher, Blankenhorn und Strübe...

e. Die Bitte der Gemeinden Krauthelm, Binzenhofen und anderer, die Erbauung einer Jagstthal-Dampfstraßenbahn betreffend.

Der Berichterstatter, Abg. Hennig, beantragt, die Petition der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen...

Der Berichterstatter, Abg. Klein-Wertheim und Strauß beteiligen sich an der Debatte...

Der Präsident macht dem Hause Mittheilung von einer Einladung des technischen Referenten für Pferde...

und ferner von zwei Schreiben des Präsidenten der Ersten Kammer...

Nach Erörterung der nächsten Tagesordnung schließt der Präsident die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

* Karlsruhe, 29. Mai. 67. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer...

2. Beratung der Berichte der Petitionskommission über:

a. die Bitte der Synagogenräthe der Gemeinde Karlsruhe u. a., die Befreiung der Synagogen...

b. die Bitte des Stadtraths Lahr, die Wiedererrichtung der Wasser- und Straßenbauinspektion Lahr betr.

c. die Bitte des früheren Eisenbahnarbeiters Johann Schäfer in Mannheim, Entschädigung betr.

d. die Bitte des Obergerichtsraths a. D. Schliephake auf Nohde, unrechtmäßige Sportelerhebung betr.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 29. Mai.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin geben morgen den 30. Mai Vormittags 9 Uhr in Karlsruhe einzutreffen.

Der Großherzog wird um 12 Uhr Mittags den königlichen Spanischen Gesandten Grafen von Rascon, Viscounte de Lagassa, in besonderer Audienz zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

† (Der Centralverein der Deutschen Luther-Stiftung) begehrt am 2. und 3. Juni d. J. seine Jahresfeier in Heidelberg.

in der Provinzialkirche ein Gottesdienst statt, in welchem Herr Professor Dr. Meißel von Leipzig die Festpredigt hält...

am 3. Juni ist Vormittags 9 Uhr im kleinen Museumsaal die öffentliche Hauptversammlung...

Die Beschlüsse über die bisherige Wirksamkeit der Deutschen Luther-Stiftung steht und ein Vortrag des Herrn Predigers Professor Scholz aus Berlin über die Frage: Was hat das evangelische Deutschland dem Luther-Jahre 1883 zu danken?

An beide Abende schließt sich jeweils eine gefällige Vereinigung der Festgäste an. Es ist zu wünschen und anzunehmen, daß diese Jahresfeier eines Vereins, welcher schon so vielen Familien evangelischer Pfarren und Lehrer in ganz Deutschland und in unserm engeren Heimathlande bei der Erziehung ihrer Kinder zur Wohlthat geworden ist...

(Vägereauskunft.) Nächsten Mittwoch, den 4. Juni, Nachmittags 3 Uhr, findet eine Sitzung des Bürgerausschusses mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beratung des Gemeindevoranschlags für das Jahr 1880...

(Baden, 27. Mai. Die Vertreterversammlung des Badischen Landesverbandes des Deutschen Schulvereins, bei welcher die Vorstände der Ortsgruppen Freiburg, Karlsruhe und Baden erschienen waren...

(Baden, 27. Mai. Die Vertreterversammlung des Badischen Landesverbandes des Deutschen Schulvereins, bei welcher die Vorstände der Ortsgruppen Freiburg, Karlsruhe und Baden erschienen waren...

Verschiedenes.

W. Berlin, 28. Mai. (Der 8. Deutsche Lehrertag ist gestern Vormittag in der „Philharmonie“ zu seiner ersten Hauptversammlung zusammengetreten.)

Im Namen der Bürgerschaft und der Gemeindebehörden begrüßte Oberbürgermeister v. Jordan die Versammlung, im Namen des Kultusministers, der durch Ueberbürdung mit Arbeiten am Erscheinen verhindert war, Oberregierungsrat Dr. Schneider.

Der Letztere entwickelte in großen Zügen ein Bild des Riesengebäudes, an dessen Aufbau die deutschen Lehrer mitarbeiten. Gegenwärtig habe die Unterrichtsverwaltung für mehr als 5 Millionen Kinder zu sorgen.

Die Lehrer möchten dafür sorgen, daß Staat und Reich innerlich und äußerlich gefestigt würden und daß an Vaterlandsliebe und Königstreue tüchtige Kinder der Zukunft der Schule entwachsen.

Stadtschulrath Vertram begrüßte die Anwesenden im Namen der städtischen Schulverwaltung und wünschte den Versammlungen guten Erfolg.

Sodann brachte der Vorsitzende Tiersch (Berlin) ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus, worauf die Abfindung einer Ehrenmedaille an den Kaiser beschlossen wurde.

Es sind nahezu 4000 Teilnehmer am Lehrertag hier eingetroffen. Der Deutsche Lehrertag beruht in der heutigen (zweiten) Hauptversammlung die Thesen Clausen's (Berlin) über die Aufgabe der Volksschule gegenüber der sozialen Frage und einigte sich schließlich in der Resolution, wonach die soziale Mitarbeit der Volksschule sich auf die Erziehung einer charaktervollen Jugend zu beschränken habe.

Ferner wurde eine Resolution, die niederen Küstendienste den Lehrern nicht mehr zu übertragen, angenommen. Sodann verlas der Vorsitzende ein Telegramm des Kultusministers v. Gossler.

Der Minister dankt in denselben für das gestrige Begrüßungstelegramm, wünscht reichen Segen für treue Arbeit und ruft den Lehrern zu: „unermüdet vorwärts für die deutsche Volksschule, den Eckstein des Vaterlandes!“

Der Lehrertag nahm später nach einem Vortrag Gressler's (Barmen) Thesen über Einrichtung von Schulsynoden an. Diese Synoden sollen zusammengefaßt sein aus freigestellten Vertretern der Familie, der Kirche und der Lehrerschaft, sowie aus Beauftragten der staatlichen und kommunalen Schulbehörden.

Schubert (Augsburg) schloß den Lehrertag mit einem Hoch auf den Kaiser und die verbündeten Fürsten.

* Straßburg, 28. Mai. (Anlässlich des Todes Victor Neffers) in der Witwe vom kaiserlichen Statthalter, Fürst Hohenlohe, folgendes Schreiben zugegangen: „Seine Majestät der Kaiser haben mich telegraphisch huldreich beauftragt, Ihnen, geehrte Frau, Allerhöchstden Besten aus Anlaß des Hinscheidens Ihres seligen Herrn Gemahls auszudrücken. Indem ich diesem Befehle Seiner Majestät hierdurch nachkomme, bemerke ich die Gelegenheit, um Sie meines eigenen Beileids zu versichern. Ihr ergebenster Hohenlohe.“

Private Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 29. Mai. Die Besserung des verletzten Fußes Seiner Majestät des Kaisers nimmt einen günstigen und schnellen Fortgang.

Ein Besuch des hiesigen Magistrats um die Erlaubniß zu Sammlungen für ein Denkmal des Kaisers Friedrich ist von Seiner Majestät dem Kaiser abschlägig beschieden worden...

Berlin, 29. Mai. (Privattelegramm.) Ihre Hoheiten der Herzogin und der Herzogin von Anhalt trafen heute Nachmittag aus Dessau zum Besuch der Majestäten in Potsdam ein, wo Höchstdieselben im Stadtschloß Wohnung nehmen.

Berlin, 29. Mai. (Privattelegramm.) Der „Post“ zufolge heißt es, die sächsische Regierung habe sich entschlossen, einen Antrag auf Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes für Leipzig und Umgegend im Bundesrath zu stellen.

Die Trauung des Grafen Alexander Münster mit der Lady Muriel Hay findet am 3. Juni in London statt.

München, 29. Mai. Es ist hier das Gerücht im Umlauf, in den nächsten Tagen werde sich eine neue gemäßig ultramontane Partei unter der Führung des Grafen Konrad Freysing bilden.

Paris, 29. Mai. Die Polizei verhaftete heute früh 15 russische Staatsangehörige, bei welchen zahlreiche Schriftstücke und Explosivstoffe beschlagnahmt wurden.

Die Verhaftung erfolgte wegen zahlreicher verdächtiger Einkäufe von Chemikalien, welche die Betreffenden gemacht haben. Das Haupt der verhafteten Nihilisten scheint ein gewisser Mendelsohn aus Fontenay aux roses zu sein.

Paris, 29. Mai. Jules Ferry bestätigte der „Citoyenne“ zufolge den Beschluß, bei einer Ersatzwahl in St. Die nicht zu kandidiren. (Die Wahl des Boulangisten, Oberst Picot in St. Die, dem alten Wahlbezirk Ferry's, dürfte, wie schon neulich erwähnt, von der Kammer umgestoßen werden, nachdem die von der Kammer angeordnete Untersuchung ergeben hat, daß die dem Oberst Picot zur Last gelegten Wahlbeeinflussungen thatsächlich stattgefunden haben.)

Herr Jules Ferry wird sich also mit der Genehmigung begnügen, daß der boulangistische Vertreter von St. Die invalidirt wird. Unzweifelhaft wird bei einer Ersatzwahl der republikanische Kandidat gewählt werden.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 30. Mai. 71. Ab.-Vorh. „Beatrice und Benedict“, Oper in 2 Aufzügen nach Shakespeare und Musik von G. Verdi. Deutsche Uebersetzung von Richard Pohl. Die Recitative von G. zu Putzig und Felix Motz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Registrier. Geburten. 22. Mai. Paul, B.: Gustav Endres, Aufseher. — 23. Mai. Ditto, B.: Friedr. Kröner, Vlednermeister. — 24. Mai. Hermann Friedrich Karl, B.: Herm. Kächele, Dreher. — 26. Mai. Thella, B.: Aug. Wolf, Buchdrucker. — Josefine Marie, B.: Frz. Bischof, Gipfelmüller. — 27. Mai. Karl Wilhelm, B.: Frdr. Jgel, Schneider.

Eheschließungen. 29. Mai. Adam Gustav von Redarels, Wagenwärter hier, mit Emma Daum von Böllersbach. — Wilhelm Kunz von hier, Zeichner hier, mit Karoline Luß von hier. — Friedrich Weber von hier, Drehermeister hier, mit Luise Weber von Lüneburg.

Todesfälle. 28. Mai. Jakob Oberst, Chem., Maurer, 41 J. — 29. Mai. Wilhelmine Stief, led., 17 J. — Adolf, 9 J. 4 T., B.: Adolf Wiffinger, Fabrikarbeiter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Regen. 2) Regen = 7.1 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 29. Mai, Mrgs. 4.39 m, gestiegen 39 cm.

Uebersicht der Witterung vom 29. Mai 1890, 8 Uhr Morgens. Das barometrische Maximum, dessen Kern gestern im Nordwesten Europas lag, hat sich südwärts gewandt und reicht heute vom Atlantischen Ocean aus weit in das Binnenland herein; in dessen westlichen Theilen ist Anklaren erfolgt, während in den östlichen am Morgen das trübe regnerische Wetter noch fortbauerte.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 29. Mai 1890.

Table with columns for various financial instruments and their prices, including Staatspapiere, Renten, and Wechsel.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Sarder in Karlsruhe.

Todesanzeige.
E. A. Heidelberg.
Freunden u. Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser innig geliebter Gatte, Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn und Schwager
Antsrichter Hermann Drollinger
im Alter von 35 Jahren heute Morgen sanft entschlafen ist. Dies statt jeder besonderen Anzeige.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Clara Drollinger, geb. Knop.
Heidelberg, 29. Mai 1890.

Todesanzeige.
D. 993. Nach langer, schwerer Krankheit verschied am 27. Mai 1890 zu Waldshut der königliche Secunde-Lieutenant der Reserve des 6. bad. Infanterie-Regiments Kaiser Friedrich III. Nr. 114 und Rechtspraktikant Herr
Alfred Diringen,
im Alter von 26 1/2 Jahren. Der Verstorbene, erst seit einem Jahre Offizier, hatte, schon schwer krank, die Energie und Pflichttreue, noch am 1. März d. J. eine Dienstleistung bei seinem Regiment anzutreten. Im Kreise der Kameraden erfreute er sich der Achtung und Zuneigung Aller. Tief betrauert wird sein Andenken in Ehren gehalten werden.
Im Namen der Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Beamten des Landwehrbezirks Donaueschingen:
Müller,
Oberstlieutenant z. D. und Bezirkskommandeur.

Stelle gesucht.
E. 5.1 Ein durchaus geschäftsgewandter Gerichtsaktuar, ledig, wünscht Stelle bei einem
Anwalte oder Notar.
Gefl. Offerten sub A 111 befördert die Exped. d. Bl.
D. 994.1. Eine englische
Erzieherin
sucht Stellung in einem Institut oder Familie. Musik, Zeugnisse vorhanden. Offerten unter Nr. 110 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Bürgerliche Rechtspflege.
Öffentliche Auktionen.
D. 992.1. Nr. 4390. Mosbach.
Die Witwe des Müllers Franziskus Schäfer in Schlierstadt, vertreten durch Rechtsanwalt Barth in Mosbach, klagt gegen Heinrich Häfner von Buchen, z. St. an unbekanntem Orten abwesend, mit dem Antrage, den Beklagten unter Verfallung in die Kosten zu verurteilen, den mit der Klägerin am 12. Dezember 1889 abgeschlossenen Kauf über die klägerische Wähe nebst Zugehör zu halten, demgemäß zum Eintrag in das Grundbuch der Gemeinde Schlierstadt mitzuwirken bzw. dessen Eintrag geschehen zu lassen, auch der Klägerin den Kaufpreis mit 4000 M. sofort und von 3000 M. auf 28. Februar 1891, beide Beträge nebst 5 % Zins vom 1. Januar 1890 zu bezahlen.
Termin zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor der I. Civilkammer des Groß. Landgerichts Mosbach ist bestimmt auf
Dienstag den 14. Oktober 1890,
Vormittags 9 Uhr,
wozu die Klägerin den Beklagten ladet mit der Aufforderung, sich dabei durch einen bei dem genannten Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.
Dieser Auszug der Klage wird zum Zwecke der bewilligten öffentlichen Zustellung an den Beklagten bekannt gemacht.
Mosbach, den 23. Mai 1890.
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Trolle.

D. 991.1. Nr. 8664. Mannheim.
Der Privatmann Julius Wettklein zu Heidelberg, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Helm und Dr. Mousfang daselbst, klagt gegen den Seiler Otto Landgraf von Heidelberg, zur Zeit an unbekanntem Orten, aus Wechsel vom 15. Februar 1890 mit dem Antrage auf Zahlung von 562 Mark nebst 6 % Zins vom 15. Mai d. J. und 19 M. 20 Pf. Provision und Wechselkosten und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die

Donaueschingen.
An der Badischen Schwarzwaldbahn
Soolbad u. Luftkurort 690 Meter über dem Meer.
Hotel, Pension, Soolbad zum Schützen.
Prospectus franco. D. 995.1.

D. 996.1. **Waldkirch im Elzthal.**
Pension St. Margaretha.
Sehr schön u. gesund im südlichen Schwarzwald gelegen, von Freiburg aus in 25 Minuten mit der Eisenbahn zu erreichen.
Prächtige Zimmer, billige Preise.
Ankunft ertheilt die Wirtschafterin **Frau Anna Dietrich.**
Die Eigentümer: **Dominik Güss Erben.**

Kammer für Handelsfachen des Groß. Landgerichts zu Mannheim auf Freitag den 11. Juli 1890, Vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Mannheim, den 27. Mai 1890.
Dr. Strauß,
Gerichtsschreiber des Groß. Landgerichts.

E. S. Nr. 4164 St. Blasien. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Maier von Todtnau hat das Gr. Amtsgericht hier selbst zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Termin bestimmt auf:
Donnerstag den 19. Juni l. J., Vormittags 10 Uhr.
St. Blasien, den 27. Mai 1890.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Neuer.

Anwünschung.
D. 988. Nr. 2318. Waldshut.
Das Groß. Landgericht Waldshut hat in geheimer Sitzung vom heutigen nach gehörender Beratung erlassen folgendes
Erkenntnis:
Durch Erkenntnis des Groß. Amtsgerichts Waldshut vom 5. Mai 1890 befragend:
Die zwischen Stifterrechner Josef Binder von Deningen und Emilie Endres von da erstarrte Anwünschung hat statt!
ist befähigt und hat die Anwünschung demgemäß statt.
B. R. B.
Waldshut, den 22. Mai 1890.
Der Gerichtsschreiber des Groß. Landgerichts: Strauß.

Erbenweisungen.
D. 986.1. Karlsruhe. Wilhelmine, geb. Neuzer, Witwe des am 23. März 1890 zu Karlsruhe verstorbenen Schuhmachers Friedrich Dambach, hat den Antrag gestellt, in die Gewähr des Nachlasses ihres genannten Ehegatten einzutreten zu werden.
Einsprachen sind binnen einer Frist von 4 Wochen bei dem Gr. Amtsgerichte dahier geltend zu machen.
Karlsruhe, den 27. Mai 1890.
B. Franl,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

D. 985.1. Nr. 4002. Redarbischofheim. Das Groß. Amtsgericht hat heute verfügt: Katharine, geb. Fischer von Epsenbach, hat um Einweisung in die Gewähr des Nachlasses ihres am 18. Februar l. J. verstorbenen Ehemannes, Johann Georg Hauser, Landwirth von Epsenbach, gebeten. Etwaige Einsprachen sind binnen 4 Wochen anber zu erheben.
Redarbischofheim, 24. Mai 1890.
Henninger,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

D. 983.1. Mannheim. Die an unbekanntem Orten abwesende ledige Anna Margaretha Scheifling aus Eisenberg (Rheinpfalz), geb. am 3. November 1839, wird gemäß R. N. S. 136 zur Anmeldung ihrer Erbschaftsprüche an den Nachlass ihrer am 21. Februar 1890 zu Mannheim verlebten ledigen Schwester Katharina Scheifling mit Frist von drei Monaten hiermit öffentlich vorgeladen, unter dem Bedenken, daß nach Ablauf dieser Frist, wenn die Geladene bei dem unterzeichneten Verlassenschaftsbeamten nicht erscheint oder sich nicht meldet, die Erbschaft lediglich den bekannten Geschwistern und ehelichen Nachkommen derselben zugetheilt wird.
Mannheim, den 27. Mai 1890.
Der Groß. bad. Notar
Theodor Treßler.

D. 950. Emmendingen. Gottlieb Grafmüller, 33 Jahre alter Zimmermann von Sraun, wird zur Verlassenschaftsverhandlung auf Ableben seiner Mutter, Landwirth Gottlieb Grafmüller Ehefrau, Anna Marie, geb. Grafmüller von Sraun, öffentlich vorgeladen und aufgefordert,
innerhalb sechs Wochen
Nachricht von sich zu geben oder Vollmacht einzulenden, widrigenfalls er von der Erbschaft ausgeschlossen würde.
Emmendingen, 12. Mai 1890.
E. Nagel, Notar.

Handelsregistererträge.
D. 926. Nr. 5216. Durlach. In das diesseitige Genossenschaftsregister wurde unterm heutigen zu Ord. 3. 18 Band I, Firma „Landwirtschaftlicher

Anlage unterzinst liegender Gelder zu erleichtern und auf diese Weise, sowie durch Herbeiführung sonstiger geeigneter Einrichtungen die Verhältnisse der Mitglieder in jeder Hinsicht zu bessern.
Die von der Genossenschaft ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern, die von dem Aufsichtsrath ausgehenden Bekanntmachungen unter Benennung desselben, von dessen Vorsitzenden unterzeichnet.
Sie sind in dem landwirtschaftlichen Wochenblatt in Karlsruhe aufzunehmen und erfolgen weiter durch einmalige ortsübliche Bekanntmachung in den drei Gassen und Gesinglen. Beim Einlegen des genannten Blattes bestimmt der Vorstand bis zur nächsten Generalversammlung ein anderes Blatt an dessen Stelle.
In den Vorstand wurden gewählt: a. Josef Schilling, Rathschreiber in Griesen, als Direktor; b. Alois Stig-nagel, Landwirth daselbst, als Stellvertreter des Direktors; c. Adolf Meyer, Landwirth daselbst, als Redner; d. Andreas Meyer, Bürgermeister daselbst, als weiteres Vorstandsmitglied.
Die Liste der Genossen kann in den Dienststunden dahier eingesehen werden.
Waldshut, 16. Mai 1890.
Groß. bad. Amtsgericht.
Schmitt.

Zwangsversteigerung.
Ankündigung.
In Folge richterlicher Verfügung werden dem Verwahrer Johann Börsig von hier und dessen Kindern die nachverzeichneten Liegenenschaften am
Donnerstag den 12. Juni 1890, Nachmittags 2 Uhr,
im Rathhaus dahier öffentlich versteigert, wobei der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzenspreis oder mehr geboten wird.
Beschreibung der Liegenenschaften.
Gemarkung Oberkirch.
1. 25 a 34 qm Dorfstraße. M. 4000
2. 25 a 75 qm Hausgarten. M. 1000
3. 50 a 09 qm zusammen. M. 1000
Auf der Dorfstraße sind erbaut: a. ein zweistöckiges Wohnhaus mit Balkenteller. M. 4000
b. eine einundneunzigjährige Scheuer mit Stallungen, Futter-gara, Knechtstammer und Schweineställen. M. 1000
c. einhöfliche Holzreife. M. 1000
d. einhöfliche Kiebsreife. M. 1000
e. ein höfliches Wäldchen. M. 1000
Anschlag 40000
2. 81 a 63 qm Ackerland, Gewann der große Felgen. M. 4000
Summa 44000
Oberkirch, den 19. April 1890.
Der Vollstreckungsbeamte:
Groß. Gerichtsnotar.
Kühnleuth.

Strafrechtspflege.
D. 963.2. Nr. 6880. Mosbach.
Dienstknecht Karl Conrad Kuhn von Karlsruhe, zuletzt wohnhaft in Schloß-au, geboren am 12. Juni 1867, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundes-gesetz verlassener oder nach erreichte militärischen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des St. G. B.
Derselbe wird auf
Donnerstag den 10. Juli 1890, Vormittags 9 Uhr,
vor die I. Strafkammer des Groß. Landgerichts zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 St. P. O. von dem Groß. Bezirksamte zu Karlsruhe über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatfachen ausge-sprochenen Erklärung verurteilt werden.
Mosbach, den 24. Mai 1890.
Groß. Staatsanwaltschaft.
Mühling.

Verm. Bekanntmachungen.
E. 10. Nr. 8867. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Meldungen zu der im Frühjahr 1891 zu Karlsruhe nach Maßgabe der Prüfungsordnung vom 20. Mai 1889 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1889, Nr. XIII) stattfindenden Prüfung für das höhere Lehramt an Mittelschulen sind im Laufe des Monats Juni d. J. an den Oberlehrer einzureichen.
Zur Theilnahme an der Prüfung können sich Kandidaten melden, welche a. im Großherzogthum Baden ihren Geburtsort oder zur Zeit der Meldung zur Prüfung ihren Wohn-sitz haben; oder
b. an einer badischen Hochschule das letzte und mindestens ein früheres Semester ihrer Studien zu-gelassen haben, vorausgesetzt, daß die Meldung innerhalb eines Jahres nach Abgang von der Hochschule erfolgt; oder der Kandidat in Baden bis zur Meldung seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat; oder
c. deren Verwendung im öffentlichen Dienst des Großherzogthums bereits stattgefunden oder in bestimmte Aussicht genommen ist.

Bekanntmachung.
D. 999.1. Nr. 745. Bon
Groß. Bezirksforstrei Freiburg wird am Montag
9. Juni 1890, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne in St. Märgen das zweistöckige, von Holz und Stein erbaute Wohnhaus mit Schener und Stall unter einem Dache auf dem vorwärts Krämer'schen Hinterhof, auf dem Gemeinde Hinterhof, auf dem Abbruch veräußert. Sodann soll der auf dem ganzen Gut vorhandene, meist zu Papierholz taugliche Holzbestand einschließlich der Obstbäume auf dem Stode dem Verkaufer ausgesetzt und die zum Gute gehörige Wiese nebst dem besten Theile des Ackerfelds auf 6 Jahre öffentlich verpachtet werden.
Waldhüter Heilbold in St. Märgen ertheilt auf Verlangen nähere Auskunft.

Holzversteigerung.
D. 990.2. Die Groß. Bezirksforstrei St. Blasien versteigert am Dienstag den 3. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, im „Alder“ zu Todtnau aus den Domänenwaldstücken Superiorswald, Groß- und Kleinfreiwald 30 Tannenstämme I. und II. Cl., 83 III. Cl., 284 IV. Cl., 475 Eichenstämme I. Cl., 456 II. Cl., 97 Kiefernstämme, 60 Eichen, 111 Eichenstämme, 15 Buchen, und 2 abnorme Gerüststämme, 15 Buchen, und 83 Eichen, 302 Eichenstämme (Papierholz), 8 Eichenstämme (Papierholz), 8 Buchenstämme und 25 Eichenstämme (Papierholz), 10 Eichenstämme und 25 Eichenstämme (Papierholz), 216 Eichenstämme (Papierholz) und 116 Eichenstämme (Papierholz).
(Mit einer Beilage.)

Bekanntmachung.
D. 999.1. Nr. 745. Bon
Groß. Bezirksforstrei Freiburg wird am Montag
9. Juni 1890, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne in St. Märgen das zweistöckige, von Holz und Stein erbaute Wohnhaus mit Schener und Stall unter einem Dache auf dem vorwärts Krämer'schen Hinterhof, auf dem Gemeinde Hinterhof, auf dem Abbruch veräußert. Sodann soll der auf dem ganzen Gut vorhandene, meist zu Papierholz taugliche Holzbestand einschließlich der Obstbäume auf dem Stode dem Verkaufer ausgesetzt und die zum Gute gehörige Wiese nebst dem besten Theile des Ackerfelds auf 6 Jahre öffentlich verpachtet werden.
Waldhüter Heilbold in St. Märgen ertheilt auf Verlangen nähere Auskunft.

Holzversteigerung.
D. 990.2. Die Groß. Bezirksforstrei St. Blasien versteigert am Dienstag den 3. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, im „Alder“ zu Todtnau aus den Domänenwaldstücken Superiorswald, Groß- und Kleinfreiwald 30 Tannenstämme I. und II. Cl., 83 III. Cl., 284 IV. Cl., 475 Eichenstämme I. Cl., 456 II. Cl., 97 Kiefernstämme, 60 Eichen, 111 Eichenstämme, 15 Buchen, und 2 abnorme Gerüststämme, 15 Buchen, und 83 Eichen, 302 Eichenstämme (Papierholz), 8 Eichenstämme (Papierholz), 8 Buchenstämme und 25 Eichenstämme (Papierholz), 10 Eichenstämme und 25 Eichenstämme (Papierholz), 216 Eichenstämme (Papierholz) und 116 Eichenstämme (Papierholz).
(Mit einer Beilage.)